



Pressemitteilung

Deutsches Studentenwerk: Nationales Stipendienprogramm und mehr BAföG!

- **Deutsches Studentenwerk begrüßt Vorhaben eines nationalen Stipendienprogramms, fordert gleichzeitig Ausbau des BAföG**
- **DSW-Präsident Rolf Dobischat: „Mittel für Stipendien nicht zu Lasten des BAföG“**
- **Dobischat: „Auch Länder wollen sich für Ausbau des BAföG einsetzen“**
- **Höhere Freibeträge beim BAföG erhöhen Studierendenzahl nachhaltig**

Berlin, 19.10.2009. Das Deutsche Studentenwerk (DSW) begrüßt das Vorhaben von CDU/CSU und FDP, ein nationales Stipendienprogramm für 10% der Studierenden einführen zu wollen, wie zahlreiche Medien berichten. Gleichzeitig fordert der Studentenwerks-Dachverband aber, das BAföG – anders als von den Koalitionären geplant – weiter auszubauen und insbesondere die Freibeträge beim Elterneinkommen zu erhöhen.

„Ein nationales Programm, damit endlich mehr als nur 2% der Studierenden ein Stipendium erhalten – das ist eine hervorragende Idee“, kommentierte DSW-Präsident Prof. Dr. Rolf Dobischat, „allerdings nur solange, wie ein solches Programm nicht zu Lasten des BAföG geht. Wir brauchen beides, mehr Stipendien und mehr BAföG.“

Stipendien und BAföG dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden, mahnte Dobischat. Er forderte: „Die zusätzlichen Bundes- und Länder-Mittel für das geplante Stipendienprogramm dürfen nicht zu Lasten des BAföG gehen!“

Wie die Kultusministerkonferenz am Freitag mitteilte, wollen sich die Länder im Zuge des Bologna-Prozesses für einen Ausbau des BAföG einsetzen. „Das sollte sich die neue Bundesregierung zum Vorbild nehmen“, sagte Dobischat. „Ein starkes BAföG steigert die Studierendenzahl nachhaltiger, als es jedes Stipendienprogramm vermag“, ist Dobischat überzeugt. Seine Forderung: „Die Freibeträge aufs Elterneinkommen müssen weiter erhöht werden, dann können sich viel mehr Studienberechtigte aus Familien ~~aus~~ der unteren Mittelschicht und mit geringerem Einkommen ein Studium leisten.“

„Mehr Stipendien, mehr BAföG: Man sollte das eine tun, ohne das andere zu lassen“, sagte Dobischat.